



# Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz

## Teil II: Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen 2020



Von Markus Elz

Das soziodemografische Profil von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz ist kein verkleinertes Abbild der gesamten Gesellschaft. Vielmehr lassen sich einige Risikogruppen ausmachen, deren Charakteristika in diesem Beitrag auf Grundlage der Ergebnisse der freiwilligen Wohnungsnotfallstatistik 2020 dargestellt werden. Sie können eine Grundlage für ein zielgerichtetes sozialpolitisches Handeln bilden können.

Teil I:  
Rückblick

Der erste Teil dieses Beitrags<sup>1</sup> stellte das Erhebungskonzept der freiwilligen Wohnungsnotfallstatistik Rheinland-Pfalz der Jahre 2017 bis 2020 vor. Unter anderem wurden dabei Einschränkungen hinsichtlich der Repräsentativität der Daten – insbesondere mit Blick auf die zeitliche wie regionale Vergleichbarkeit – herausgearbeitet, die bei der Interpretation zu berücksichtigen sind. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Erhebung 2020 vorgestellt und sukzessive ein Profil der Menschen mit Wohnungsnot in Rheinland-Pfalz herausgearbeitet.

### Staatsangehörigkeit von Wohnungsnotfällen<sup>2</sup>

Wohnungsnotfälle  
mit deutschem  
Pass unter-  
repräsentiert

Lediglich rund 39 Prozent der 2020 gemeldeten Wohnungsnotfälle verfügten über die deutsche Staatsbürgerschaft, während

der Anteil deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der erwachsenen Gesamtbevölkerung<sup>3</sup> bei fast 89 Prozent lag.

Die Betrachtung der zeitlichen Entwicklung der absoluten Anzahl der Personen mit deutschem Pass zeigt lediglich zwischen 2017 und 2018 einen deutlichen Anstieg von 1390 auf 1770 Personen (+28 Prozent). Neben einer tatsächlichen Zunahme der Betroffenheit von Wohnungslosigkeit unter Deutschen müssen zwei methodische Gründe als mögliche Erklärung für diese Entwicklung angeführt werden: die deutliche Steigerung der Rücklaufquote sowie die Ausweitung des Berichtskreises der freien Träger. Dieser Störfaktor muss aufgrund der (bisherigen) Freiwilligkeit der Erhebung bei der Interpretation der Ergebnisse immer berücksichtigt werden.

Methodische  
Einfluss-  
faktoren

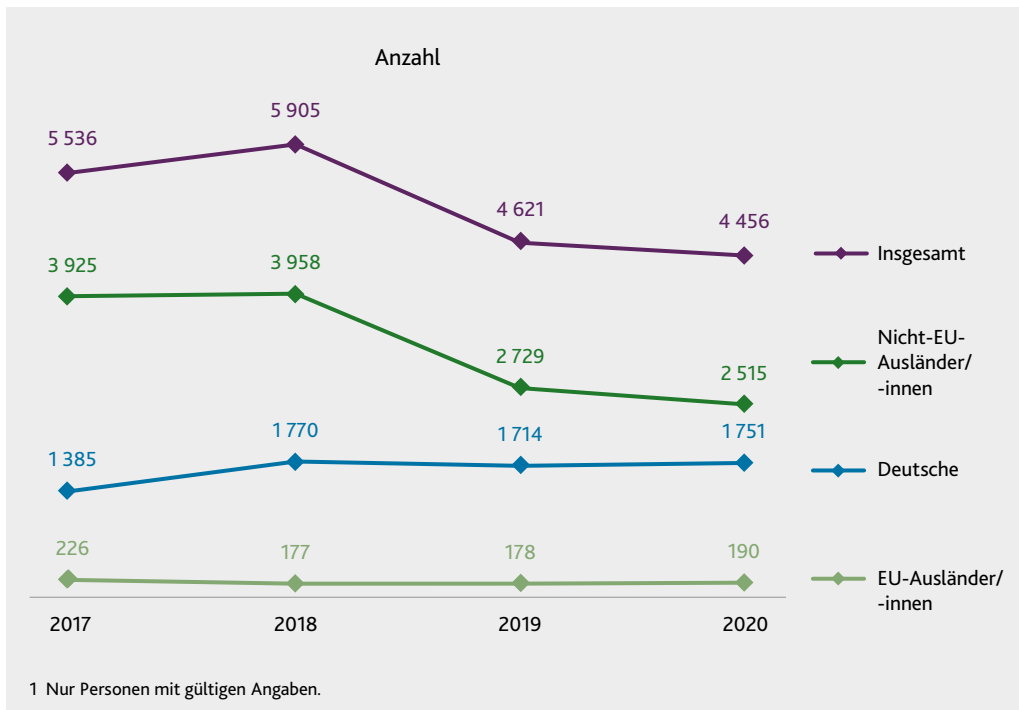
<sup>1</sup> Elz, M.: Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/2022, S. 172–185.

<sup>2</sup> Bezüglich der Nationalität liegen nur Angaben für Personen über 18 Jahre vor. In der Auswertung wurden zudem nur gültige Angaben zur Nationalität berücksichtigt.

<sup>3</sup> Bevölkerung zum 31.12.2019 als aktuellste zum Zeitpunkt der Berichterstellung vorliegende Angabe der Nationalität.



## G1 Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2017–2020 nach Nationalität



56 Prozent der Wohnungsnotfälle mit Nicht-EU-Staatsbürgerschaft

Mehr als die Hälfte der gemeldeten erwachsenen Wohnungsnotfälle (56 Prozent) besaßen die Staatsbürgerschaft eines Landes außerhalb der EU. Weitere vier Prozent hatten einen Pass eines anderen EU-Mitgliedstaates. Hier dürften nach wie vor die starken Zuwanderungsbewegungen der vergangenen Jahre eine Rolle spielen.<sup>4</sup> In den Erhebungen 2017 und 2018 war dieser Sondereffekt besonders ausgeprägt und die Kommunen meldeten jeweils über 3 900 Nicht-EU-Ausländer in kommunalen Unterkünften.

Zuwanderungsbewegungen ab 2015 beeinflussen Zahlen maßgeblich

Zum Zeitpunkt der Erhebung 2019 hatten vermutlich einige anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber bereits eigenen Wohnraum gefunden, sodass sich die gemel-

deten Wohnungsnotfälle in dieser Gruppe gegenüber der Vorerhebung deutlich um 1 230 Personen bzw. rund 31 Prozent reduzierten.

Zwischen den Berichtsjahren 2019 und 2020 verlor diese rückläufige Entwicklung an Dynamik und im Ergebnis konnte weiterhin eine nicht unerhebliche Anzahl der Betroffenen auf dem freien Markt keinen eigenen Wohnraum beziehen.

Ein Blick auf die Verteilung der Staatsangehörigkeit nach Geschlecht verrät, dass der Anteil der Ausländerinnen (EU- und Nicht-EU) unter den erwachsenen wohnungslosen Frauen mit 66 Prozent etwas höher ist als der Ausländeranteil unter den erwachsenen wohnungslosen Männern (58 Prozent), wengleich absolut betrachtet mehr Männer ohne deutschen Pass gemeldet wurden als Frauen.

Relativ mehr weibliche Wohnungsnotfälle mit ausländischer Staatsangehörigkeit

4 Vgl. Elz, M.: Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/2022, S. 172–185.



Die regionale Verteilung der Nationalitäten zeigt, dass die Überrepräsentierung nicht-deutscher Wohnungsnotfälle in den Landkreisen (Anteil 72 Prozent) deutlich ausgeprägter ist als in den – tendenziell urban geprägten – kreisfreien Städten (Anteil 42 Prozent). Dies erscheint nicht zuletzt angesichts der ungleichen Infrastrukturausstattung sowie der ungleichen sozialen Integrationschancen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten von Bedeutung. Auch die regionale Verteilung innerhalb der Gruppe der Deutschen bzw. der Ausländerinnen und Ausländer belegt, dass sich wohnungslose Ausländerinnen und Ausländer etwas stärker auf die Landkreise konzentrieren, während Wohnungsnotfälle mit deutschem Pass häufiger in einer der kreisfreien Städte zu finden sind.

Ausländische Wohnungsnotfälle im urbanen Raum unterrepräsentiert ...

So leben sieben von zehn wohnungslosen Ausländerinnen bzw. Ausländern (73 Prozent) in einem der rheinland-pfälzischen Landkreise, drei von zehn (27 Prozent) hingegen in einer kreisfreien Stadt. Von allen in Rheinland-Pfalz lebenden erwachsenen Ausländerinnen und Ausländern sind hingegen nur etwa sechs von zehn Personen (59 Prozent) in einem Landkreis und vier von zehn Personen (41 Prozent) in einer kreisfreien Stadt beheimatet.<sup>5</sup>

... Wohnungsnotfälle mit deutschem Pass hingegen vergleichsweise häufig in Städten

Ein gegenteiliges Bild stellt sich den deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Sie verteilen sich in ganz Rheinland-Pfalz in einem Verhältnis von etwa eins zu drei zwischen den kreisfreien Städten (25 Prozent) und den Landkreisen (75 Prozent). Die wohnungslosen Deutschen konzentrieren sich hingegen stärker in den Städten (57 Prozent) als in den Landkreisen (43 Prozent).

<sup>5</sup> Bevölkerungstand 31.12.2019.

Wenn gleich die als Summendaten erhobenen Informationen keine vertieften Auswertungen zulassen, stützen die Zahlen zur regionalen sowie geschlechtsspezifischen Verteilung der Staatsangehörigkeit jedoch die These, dass die ersten vier Erhebungsrunden maßgeblich durch den Sondereffekt der Flüchtlingsbewegungen geprägt wurden. Hierbei handelte es sich um eine große Anzahl nichtdeutscher Familien – sehr häufig bestehend aus Mutter, Vater sowie (jungen) Kindern – die auf alle Kommunen des Landes (gleichmäßig) verteilt wurden und nach Anerkennung des Asylstatus als Wohnungsnotfälle gezählt wurden.

Anerkannte Flüchtlingsfamilien mit (jungen) Kindern in kommunaler Unterbringung prägen die Datenlage

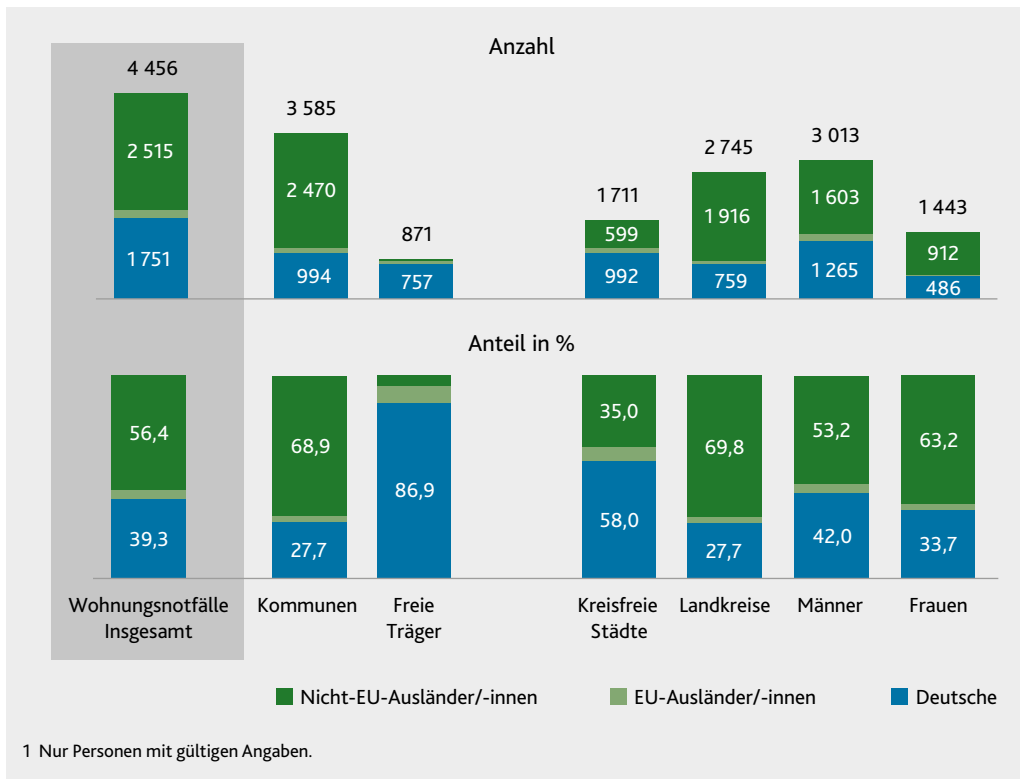
Diese Überlegung wird bei Betrachtung der Staatsangehörigkeit nach Art der meldenden Stelle weiter gestärkt: Relativ gesehen wurden wohnungslose Ausländerinnen und Ausländer zum Erhebungsstichtag deutlich seltener von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe – diese sind vor allem in urbanen Gebieten vertreten – gemeldet, stattdessen wurden sie vornehmlich aus kommunaler Unterbringung heraus erfasst. Konkret hatten fast 87 Prozent der von freien Trägern der Wohnungslosenhilfe gemeldeten Fälle einen deutschen Pass; gegenüber lediglich knapp 28 Prozent bei den Kommunen.

Um dem vermutlich sehr starken Einfluss der anerkannten Flüchtlinge auf das Gesamtergebnis Rechnung zu tragen, wird in den nachfolgenden Auswertungen – soweit dies die Datensatzstruktur zulässt – auch nach der Art des Trägers unterschieden. Eine direkte Differenzierung auf Basis der gemeldeten Nationalität ist nicht möglich, da dieses Merkmal nur bei erwachsenen Personen erhoben wurde und dieses zudem aufgrund der Summensatzstruktur nicht mit

Korrektur des Flüchtlingseffekts über die Angaben zur meldenden Stelle



## G2 Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Nationalität, Art des Trägers, Verwaltungsbezirken und Geschlecht



jedem weiteren Merkmal verknüpfbar ist. Sämtliche Auswertungen, die ausschließlich auf Meldungen der freien Träger beruhen, könnten so dabei helfen, einen weniger stark verzerrten Eindruck über das soziodemografische Profil von Wohnungsnotfällen außerhalb von Flüchtlingsfamilien bzw. in den Jahren vor 2015 zu vermitteln. Hierbei handelt es sich um Personen, die zum Stichtag nicht polizei- bzw. ordnungsrechtlich untergebracht waren, sondern ausschließlich ein stationäres oder ambulantes Angebot der freien Träger der Wohnungslosenhilfe wahrgenommen haben.<sup>6</sup>

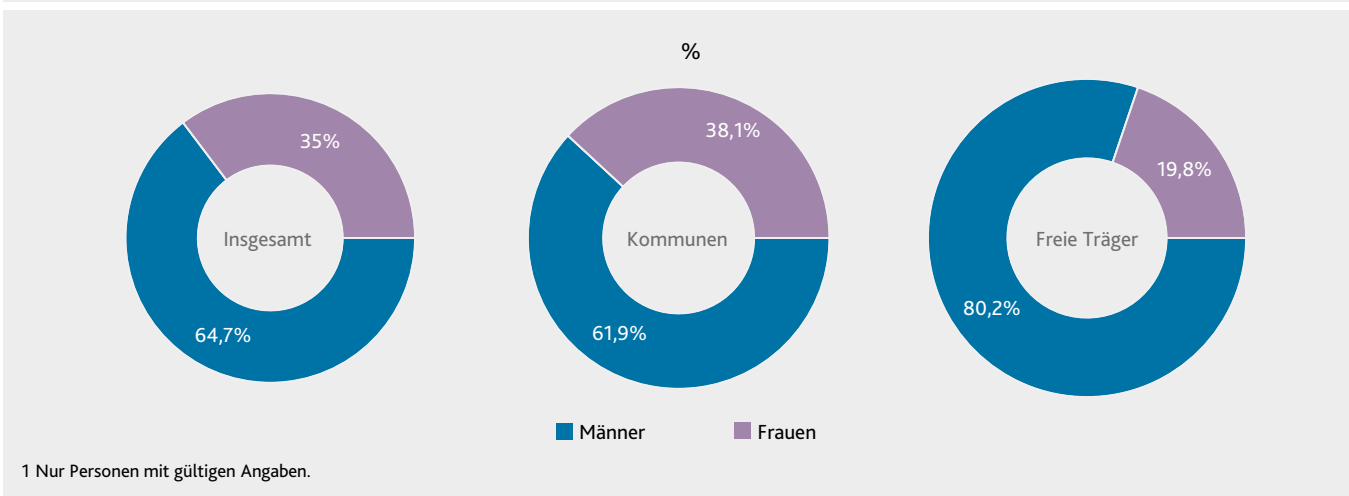
<sup>6</sup> Elz, M.: Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/2022, S. 172–185. Hier finden Sie eine ausführlichere Erläuterung der erfassten Personen.

### Geschlechter- und Altersstruktur: mehr Männer in Wohnungsnot

Werden die von den Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe gemeldeten Personen insgesamt betrachtet, so sind knapp zwei Drittel (65 Prozent) Männer, nur in jedem dritten Fall (35 Prozent) handelt es sich um eine Frau. Während sich diese Geschlechterstruktur auch in den Meldungen der Kommunen widerspiegelt (62 Prozent Männer; 38 Prozent Frauen), wurden von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe deutlich mehr Personen männlichen Geschlechts gemeldet (80 Prozent). Der höhere Männeranteil ist in allen Altersgruppen beobachtbar. Allerdings schwankt der Wert bei den Meldungen der Kommunen zwischen lediglich 56 Prozent (Personen unter 18 Jahre) und 73 Prozent (Personen

Wohnungsnotfälle sind häufiger männlich – insbesondere bei Meldungen der freien Träger

### G3 Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Geschlecht und Art des Trägers



von 21 bis unter 25 Jahren); bei den freien Trägern fällt die Spannweite mit den Grenzen von 59 Prozent (Personen von 18 bis unter 21 Jahren) und 88 Prozent (Personen von 40 bis unter 50 Jahren) deutlich größer aus.

Der Vergleich der Altersstrukturen von gemeldeten Wohnungsnotfällen und der Gesamtbevölkerung unterstreicht, dass im Jahr 2020 überdurchschnittlich viele Minderjährige gemeldet wurden. Eine von vier Personen hatte zum Stichtag das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet. In der Gesamtbevölkerung betrug dieser Anteil hingegen lediglich 16 Prozent. Die meisten dieser Minderjährigen leben in einer Familie. Lediglich in zwei der insgesamt 1501 Fälle bildeten die Minderjährigen einen eigenen Haushalt, d. h. sie waren nicht mit ihren Eltern untergebracht, sondern lebten und wirtschafteten für sich. Diese Zahlen werden maßgeblich von den Meldungen der Kommunen geprägt.

Altersgruppen bis 30 Jahre bei Kommunen stärker als bei freien Trägern besetzt

Minderjährige Personen werden fast ausschließlich von Kommunen gemeldet und machen dort rund 29 Prozent aller Fälle aus; bei freien Trägern liegt dieser Wert bei lediglich 1,7 Prozent. Aber auch die folgen-

den Alterskohorten bis 30 Jahre sind relativ betrachtet bei den polizei- bzw. ordnungsrechtlich untergebrachten Personen stärker besetzt. Die insgesamt deutlich jüngere Altersstruktur der kommunalen Meldungen dürfte wiederum maßgeblich von der Altersstruktur der Flüchtlingsfamilien mit jungen Kindern geprägt sein. Eine abschließende Validierung der These ist jedoch aufgrund der Summensatzstruktur wiederum nicht möglich.

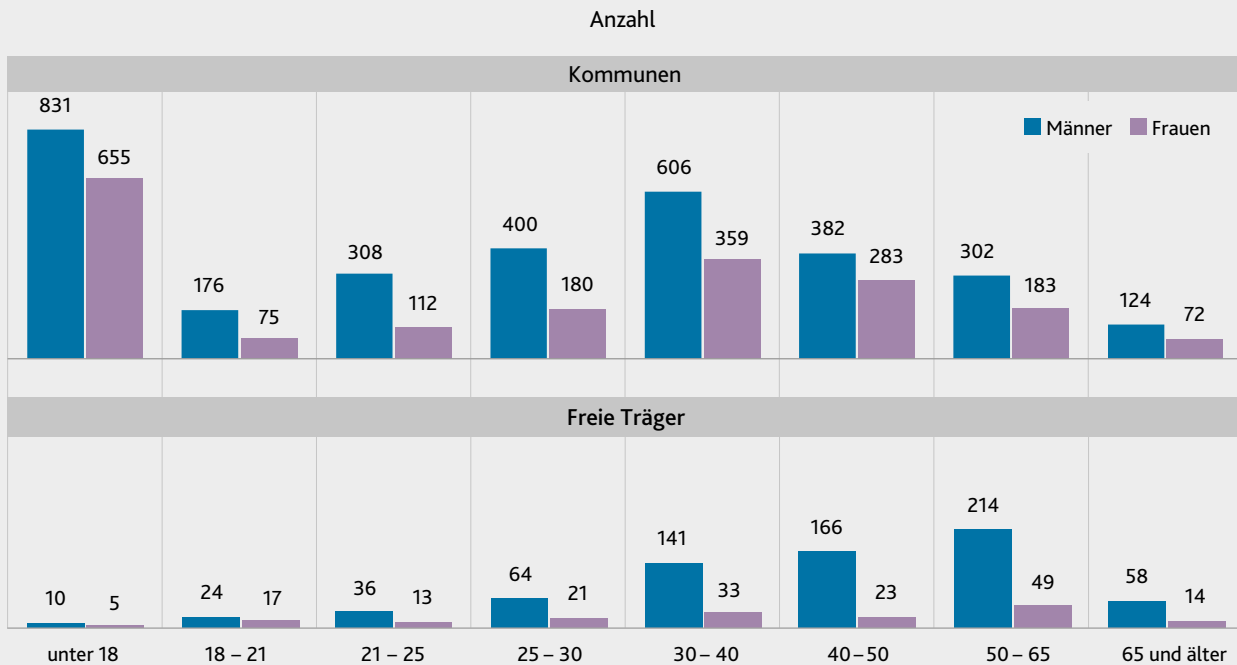
Alle Altersgruppen bis zu den unter 50-jährigen sind von den Wohnungsnotfällen anteilig stärker besetzt als in der Gesamtbevölkerung. Die Altersgruppen ab 50 Jahren sind hingegen schwächer vertreten. Besonders selten sind Wohnungslose in der Gruppe der 65-jährigen und Älteren zu finden. Während lediglich 4,5 Prozent der gemeldeten Personen mit Angaben zum Lebensalter dieser Altersklasse zuzuordnen waren, lag dieser Anteil in der Gesamtbevölkerung mit 22 Prozent deutlich darüber.

Wohnungsnotfälle treten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional häufig bis zum 50. Lebensjahr auf

Werden hingegen ausschließlich die Meldungen der freien Träger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung betrachtet, zeigt sich eine Unterrepräsentation von Minderjähri-



G4 Gemeldete Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Geschlecht, Alter und Art des Trägers



<sup>1</sup> Nur Personen mit gültigen Angaben.

Mit Alter steigende Fallzahlen bei freien Trägern bis zur Gruppe der 50- bis 65-Jährigen

gen. Für die nachfolgenden Altersgruppen ist auch hier eine Überrepräsentation zu beobachten, die bis zur Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen mit steigendem Alter zunimmt. Diese Entwicklung ist maßgeblich von den mit dem Alter steigenden Fallzahlen von männlichen Wohnungsnotfällen geprägt.

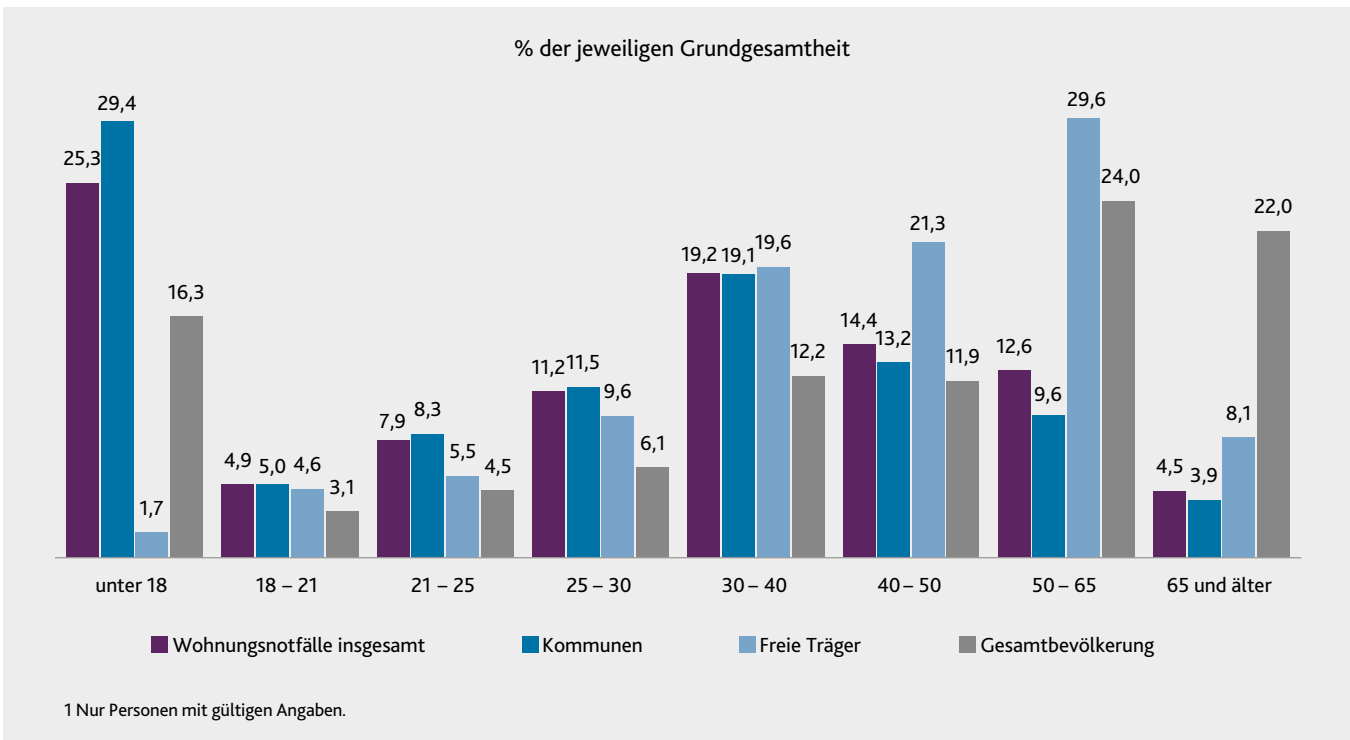
**Lebens- und Haushaltsformen – häufig Alleinstehende betroffen**

Über die Lebens- und Haushaltsstrukturen können nachfolgend keine zusammenfassenden Ergebnisse über alle erfassten Wohnungsnotfälle hinweg dargestellt werden, da dieser Sachverhalt von den Fragebögen für die Kommunen bzw. die freien Träger der Wohnungslosenhilfe einmal ausschließlich auf Haushaltsebene (Kommunen) und einmal ausschließlich auf Individualebene (freie Träger) erfasst wurde.

Den häufigsten Haushaltstyp der insgesamt 2 417 kommunal und ordnungsrechtlich erfassten Haushalte mit gültigen Angaben zur Haushaltsstruktur bildeten zum Stichtag 30. September 2020 Einpersonenhaushalte. In fast 60 Prozent aller Fälle handelte es sich um Alleinstehende ohne Kinder, darunter erheblich mehr Männer als Frauen. Rund ein Viertel der Haushalte (26 Prozent) bestand aus Paarbeziehungen mit oder ohne Kinder, wobei die Haushalte mit Kindern (22 Prozent) deutlich überwogen. Auch hier muss davon ausgegangen werden, dass diese Angaben eine nicht unerhebliche Anzahl anerkannter Flüchtlingsfamilien mit Kindern in kommunaler Obhut beinhalten. Eine detaillierte Analyse ist hierzu jedoch aufgrund der Beschränkung auf Summendatensätze nicht möglich. Weitere 5,3 Prozent der polizei- bzw. ordnungsrechtlich

Kommunen melden zu 60 Prozent Einpersonenhaushalte

**G5 Altersstruktur der gemeldeten Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> und der Gesamtbevölkerung 2020 nach Art des Trägers und Alter**



erfassten Haushalte waren anderweitigen Lebensformen zuzuordnen (z. B. Mehrgenerationenhaushalten, Wohngemeinschaften oder zusammenlebenden Geschwistern).

Ein Drittel der kommunal gemeldeten Haushalte hat Kinder

Insgesamt lebten in fast einem Drittel (31 Prozent) der Haushalte zum Stichtag Kinder. Für die Haushalte in anderweitigen Haushaltsstrukturen können hierzu keine gesicherten Angaben gemacht werden.

Für die freien Träger können aufgrund der Fragebogengestaltung lediglich Angaben auf Personenebene ausgewiesen werden. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich dabei auf 784 Personen, bei denen zum 30. September 2020 Informationen zur Haushaltsstruktur gemeldet wurden; entsprechend wurde im Fall von 105 Personen bzw. 11,8 Prozent hierzu keine Angabe gemacht.

Demnach stellten Alleinstehende ohne Kinder mit einem Anteil von 88 Prozent, wie schon bei den kommunal und ordnungsrechtlichen Meldungen, den am häufigsten auftretenden Haushaltstyp dar; auch hier anteilig mehr Männer als Frauen.

Neun von zehn Kontakten der freien Träger sind Alleinstehende ...

Fast alle von den freien Trägern gemeldeten Personen (95 Prozent) lebten ohne einen Partner entweder als alleinstehende oder als alleinerziehende Person. Partnerschaften lagen nur in 2,7 Prozent der Fälle vor; die restlichen Personen (zwei Prozent) lebten in einer sonstigen Haushaltsform.

Unterschiede zu den kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachten Wohnungsnotfällen ergeben sich auch hinsichtlich der Kinder in den Haushalten. Lediglich 7,4 Prozent der gemeldeten Personen gaben an, mit Kindern in einem Haushalt zu leben.

... davon lediglich sieben Prozent mit Kindern



Überwiegend  
Alleinstehende  
betroffen

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass nur eine Minderheit der Wohnungsnotfälle in einer Paarbeziehung bzw. mit Kindern oder in anderweitigen Haushaltsformen zusammenlebt. Überwiegend handelt es sich um Alleinstehende, die ihren Alltag ohne einen Partner bewältigen müssen, mehrheitlich männlichen Geschlechts. Besonders ausgeprägt ist dieser Sachverhalt mit Blick auf die Meldungen der freien Träger, da hier der Sondereffekt von Flüchtlingshaushalten nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfte.

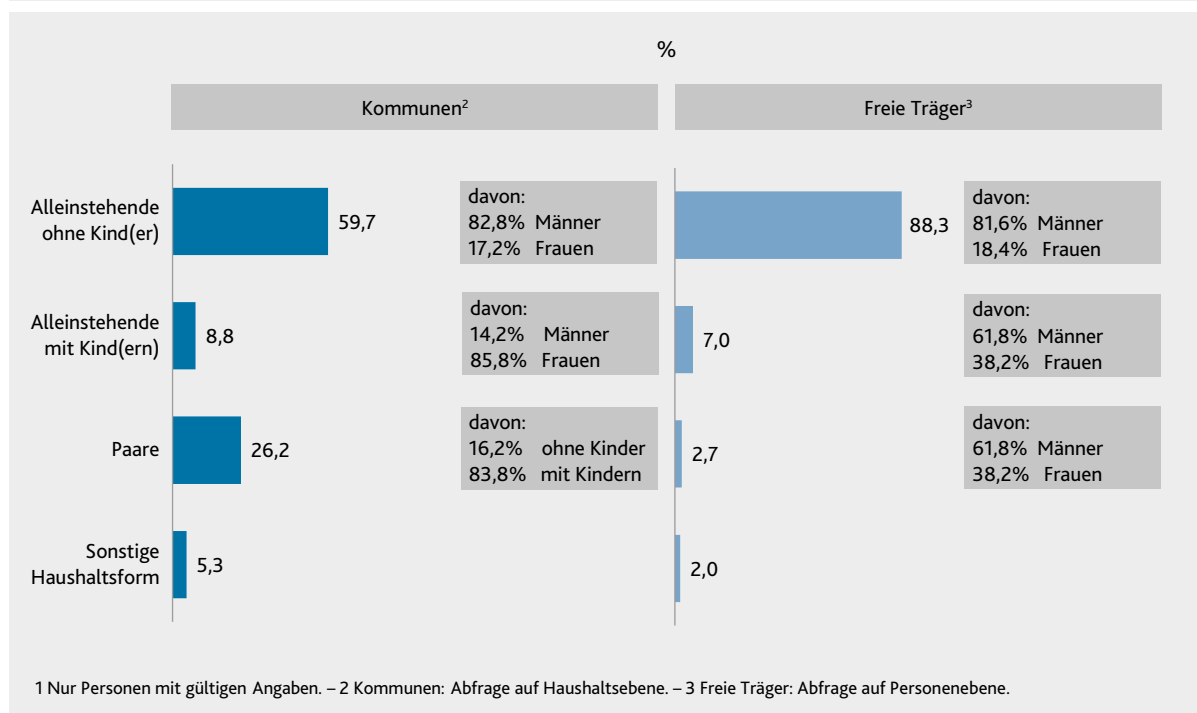
### Einkommens- und Erwerbssituation als wichtige Determinante für Wohnungslosigkeit

Zu den wichtigsten Ursachen von Wohnungslosigkeit zählt der dauerhafte (Teil-) Verlust des eigenen Einkommens (z. B. in Folge von Langzeitarbeitslosigkeit). Umge-

kehrt setzt die Möglichkeit, aus eigener Kraft einen geeigneten Wohnraum zu finden, ein geregeltes Einkommen – und in diesem Zusammenhang in der Regel auch eine entsprechende Arbeitsstelle – voraus. Die jeweilige Erwerbs- und Einkommenssituation zählt damit zu einer wichtigen Determinante sowohl für den Eintritt als auch für den Wiederaustritt aus der Wohnungslosigkeit. Besonders prekär stellt sich die materielle Lage vor diesem Hintergrund für diejenigen Wohnungslosen dar, die ihr Leben ohne jegliches Einkommen bestreiten, d. h. ihre Grundversorgung mit dem Notwendigsten allein durch Unterstützung ihrer Mitmenschen sicherstellen müssen.

Zum Stichtag traf dies auf 6,3 Prozent der gemeldeten Wohnungsnotfälle zu, zu denen eine gültige Angabe zum überwiegenden Lebensunterhalt vorlag; bei den Antworten der freien Träger fiel dieser Wert mit 7,8 Pro-

## G6 Haushaltsstruktur der Wohnungsnotfälle 2020 nach Art der meldenden Stelle





80 Prozent der Wohnungsnotfälle beziehen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch

zent etwas höher aus. Der weitaus größte Teil der Wohnungsnotfälle (80 Prozent) bezog seinen überwiegenden Lebensunterhalt aus den sozialen Sicherungsleistungen des Sozialgesetzbuches. Im Einzelnen waren dies u. a. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (59 Prozent), Leistungen der Sozialhilfe (15 Prozent) sowie Rentenzahlungen (5,1 Prozent).

Für die von den freien Trägern gemeldeten Personen spielten zudem Tagessatzzahlungen eine Rolle. Wohnungsnotfälle weiblichen wie männlichen Geschlechts waren nahezu gleich häufig auf Leistungen aus den Sozialgesetzen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts angewiesen.

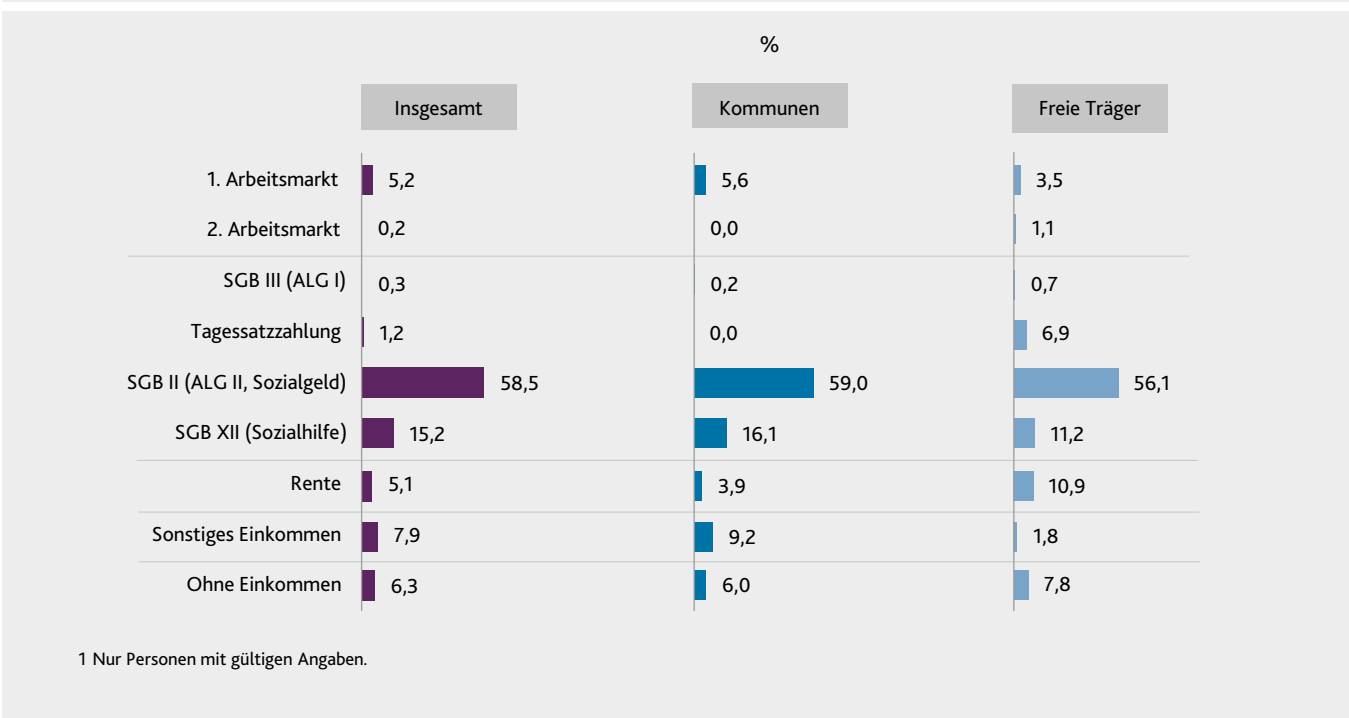
Abweichungen in der Rolle der Leistungen des Sozialgesetzes als primäre Einkommensquelle sind hingegen zwischen den kreisfreien Städten (90 Prozent) und den

Landkreisen (75 Prozent) erkennbar. Hier sind es insbesondere das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld, die in den kreisfreien Städten (75 Prozent) sehr viel häufiger beansprucht werden als in den Landkreisen (50 Prozent).

Umgekehrt verhält es sich dagegen im Fall der Sozialhilfe: Diese gaben nur 6,1 Prozent der Wohnungslosen in den kreisfreien Städten, jedoch 20 Prozent der von den Landkreisen gemeldeten Wohnungslosen als primäre Einkommensquelle an. Bei der Interpretation der – absolut wie relativ – hohen Werte beim Bezug von Leistungen des SGB II muss wiederum berücksichtigt werden, dass viele kommunal untergebrachte Personen mit erfolgreich abgeschlossenen Asylverfahren zunächst aus dem Anspruchskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den des SGB II wechseln.

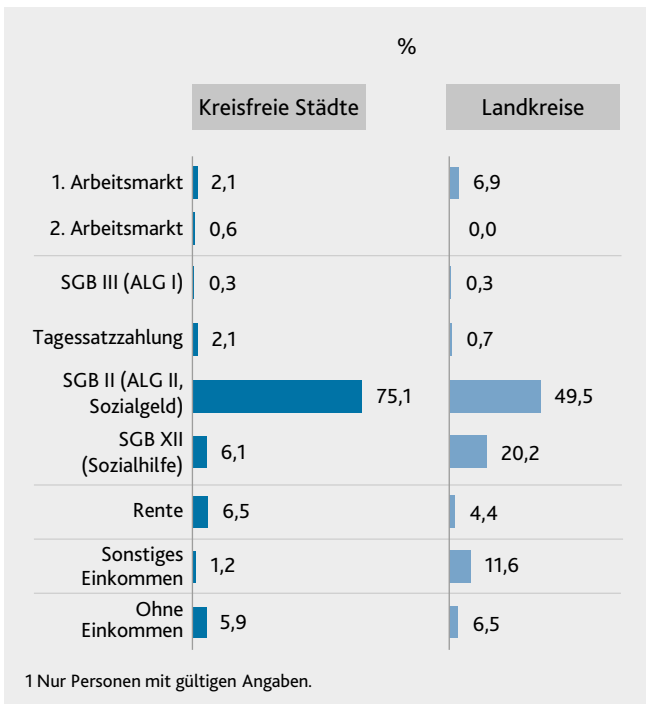
Unterschiede in den Einkommensquellen zwischen urbanem und ländlichem Raum

G7 Primäre Einkommensquelle der Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Art des Trägers





### G8 Primäre Einkommensquelle der Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Verwaltungsbezirken

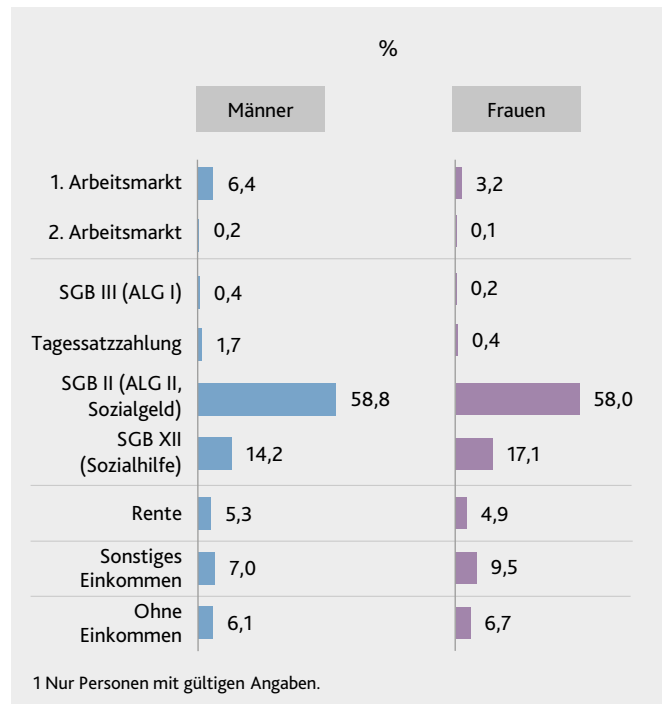


Arbeitsmarkt-integration gelingt nur jedem zwanzigsten Wohnungsnotfall

Sein Einkommen durch eine Erwerbstätigkeit auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu erzielen, gelingt lediglich jedem zwanzigsten Wohnungsnotfall (5,4 Prozent). Männer kommen dabei auf eine höhere Quote (6,6 Prozent) als Frauen (3,3 Prozent). Die Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt gelingt in den Landkreisen (6,9 Prozent) häufiger als in den kreisfreien Städten (2,7 Prozent). Insgesamt betrachtet zeigen die Ergebnisse jedoch sehr deutlich, dass Wohnungslose – weitestgehend unabhängig von Region und Geschlecht – von einem geregelten Erwerbsleben weitgehend exkludiert sind.

Darüber hinaus wurde für 7,9 Prozent der gemeldeten Wohnungslosen ein sonstiges primäres Einkommen angegeben. Insbesondere in den Landkreisen (11,6 Prozent) sind – anders als in kreisfreien Städten (1,2 Prozent) – weitere Bezugsquellen relevant.

### G9 Primäre Einkommensquelle der Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Geschlecht



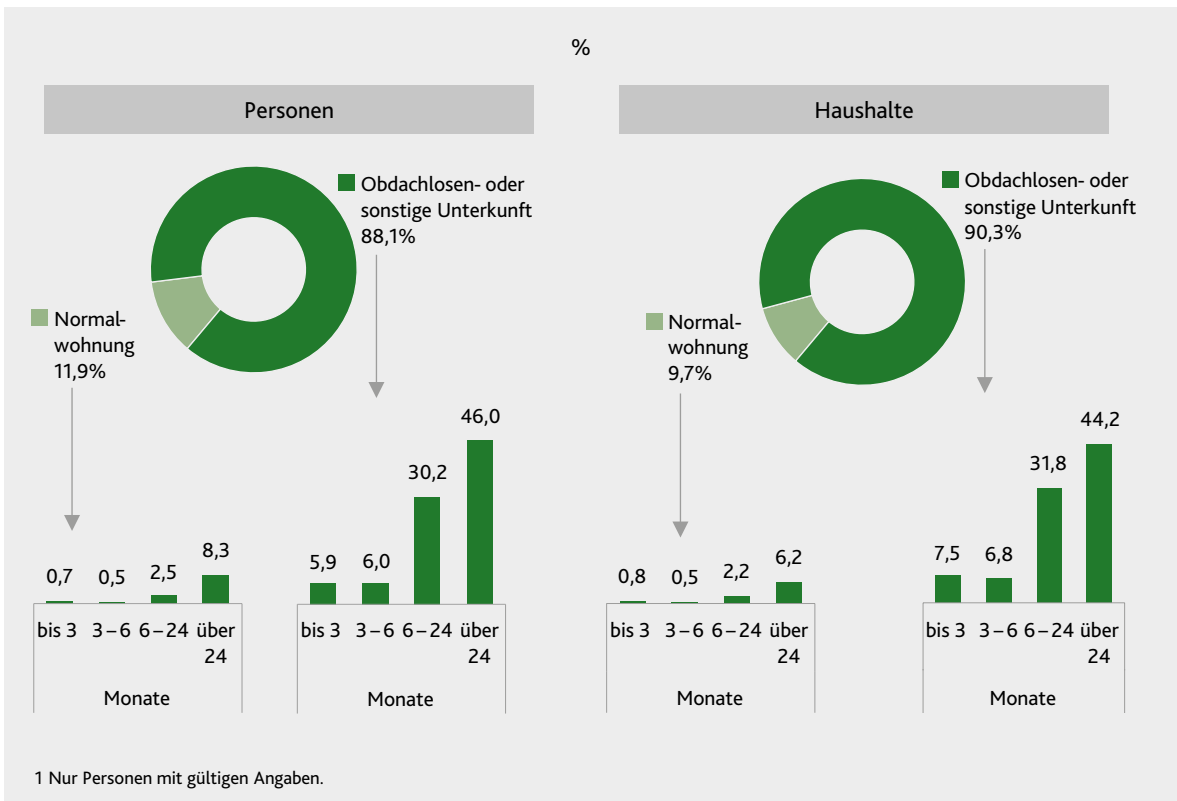
### Unterbringungssituation – teilweise regionale und geschlechterspezifische Unterschiede

Angaben zur Unterbringungssituation der gemeldeten wohnungslosen Personen liegen für die kommunalen Berichtsstellen sowohl mit Blick auf die Art der Unterkunft als auch für die Unterbringungsdauer vor. Zudem kann zwischen der Personen- und der Haushaltsebene differenziert werden. Zur Unterkunftssituation der Meldungen durch die freien Träger können hingegen nur Aussagen zur Art der Unterkunft getroffen werden, sodass die Ergebnisse nachfolgend getrennt für die beiden Berichtsstellen ausgewiesen werden.

Unterschiede in Art der Unterkunft und Dauer

Von den 5 155 im Jahr 2020 kommunal und ordnungsrechtlich erfassten Personen lebten zum Stichtag 615 (zwölf Prozent) in einer Normalwohnung, 4 540 Personen (88 Pro-

**G10 Unterbringung der kommunal (polizei- bzw. ordnungsrechtlich) erfassten Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> sowie der betroffenen Haushalte 2020 nach Unterbringungsdauer**



Kommunal- und ordnungsrechtliche Unterbringung überwiegend in Obdachlosen- und sonstigen Unterkünften

zent) waren dagegen in Obdachlosen- oder sonstigen Unterkünften (d. h. Baracken, Wohnheimen, Übergangswohnungen, als Unterkunft genutzte Hotels und Pensionen etc.) untergebracht. Länger als ein halbes Jahr wohnten 87 Prozent der betroffenen Personen in ihrer Unterkunft, rund 54 Prozent sogar länger als zwei Jahre.

Kommunale Unterbringungsdauer oft für mehrere Jahre

Die Betrachtung der Unterbringungssituation auf Ebene der Haushalte zeigt, dass jeder zehnte der 2 418 wohnungslosen Haushalte (9,7 Prozent) in eine Normalwohnung eingewiesen werden konnte; 90 Prozent der Haushalte mussten dagegen mit einer Obdachlosen- oder sonstigen Unterkunft vorliebnehmen. Hinsichtlich der Unterbringungsdauer ergibt sich ein ähnliches Bild wie auf der Personenebene: Mehr als ein halbes Jahr verbrachten 84 Prozent der Haushalte

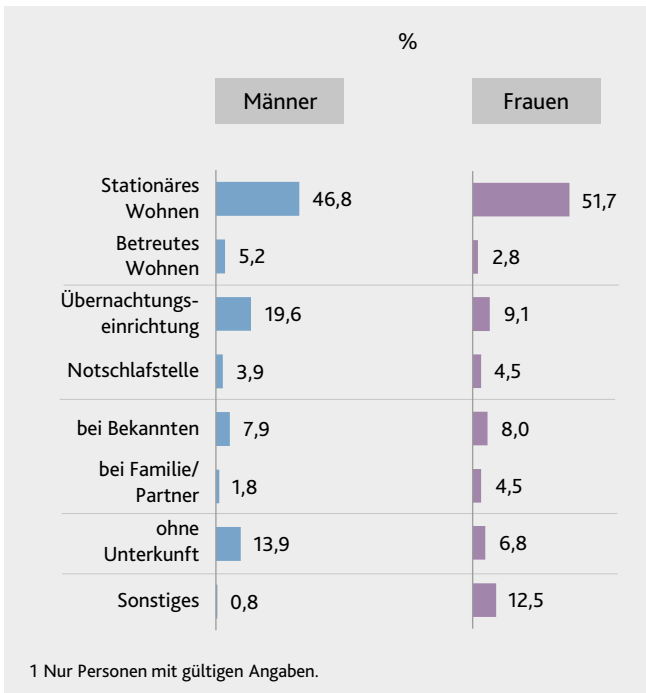
in der ihnen zugewiesenen Unterkunft, 50 Prozent sogar länger als zwei Jahre.

Auswertungen der Unterkunftssituation für die Meldungen der freien Träger weisen das stationäre und betreute Wohnen mit einem aggregierten Anteil von rund 53 Prozent als bedeutendste Unterkunftsart aus. Jede fünfte Person (22 Prozent) nutzt Übernachtungseinrichtungen und Notschlafstellen. Jedem zehnten Wohnungsnotfall (10,3 Prozent) gelang es, Unterstützung aus dem sozialen Umfeld (der Familie, dem Partner oder anderweitigen Bekannten) zu erhalten. Besonders prekär gestaltete sich die Wohnsituation dagegen für knapp 13 Prozent der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfälle, denen keinerlei Unterkunft zur Verfügung stand.

Freie Träger: Unterbringung mehrheitlich in stationärem und betreutem Wohnen sowie Übernachtungseinrichtungen und Notschlafstellen



## G11 Unterbringung der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Geschlecht



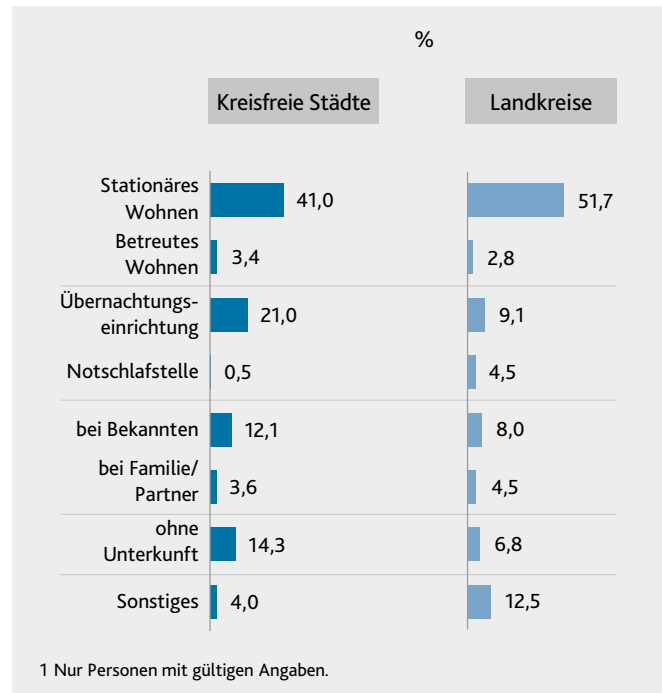
Männer leben häufiger komplett ohne Unterkunft als Frauen

Zwischen den Geschlechtern sind Unterschiede in der Unterbringung beobachtbar: Männer nutzen öfter als Frauen Angebote von Übernachtungseinrichtungen sowie Notschlafstellen (24 Prozent gegenüber 14 Prozent). Zudem leben Männer (14 Prozent) häufiger komplett ohne Unterkunft als Frauen (6,8 Prozent).

Unterbringung bei Bekannten und Familie spielt nur in kreisfreien Städten eine Rolle

Zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen finden sich ebenfalls Unterschiede in der Art der Unterbringung der von freien Trägern gemeldeten Personen: In den Landkreisen leben diese Menschen häufiger in stationären Einrichtungen sowie betreutem Wohnen (68 Prozent gegenüber 44 Prozent in den kreisfreien Städten). Rund 14 Prozent der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfällen in kreisfreien Städten hat keine Unterkunft; in den Landkreisen liegt dieser Anteil bei lediglich 9,1 Prozent.

## G12 Unterbringung der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfälle<sup>1</sup> 2020 nach Verwaltungsbezirken



Darüber hinaus wurde die Unterbringung bei Bekannten oder der Familie bzw. bei der Partnerin bzw. dem Partner im Berichtsjahr 2020 ausschließlich bei Personen in den kreisfreien Städten genannt (16 Prozent).

### Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen

Die hier dargestellten Ergebnisse zum Stichtag 31. September 2020 weisen – trotz Schwankungen in den Absolutwerten – gegenüber den Erhebungen 2017 bis 2019 nur geringfügige Veränderungen hinsichtlich der relativen soziodemografischen und sozioökonomischen Struktur der betroffenen Personen auf.

Struktur der Wohnungsnotfälle stabil über die ersten vier Erhebungsjahre

Die Zahlen machen deutlich, dass das Profil von Wohnungsnotfällen kein verkleinertes Abbild der rheinland-pfälzischen Gesellschaft ist. Vielmehr helfen die Daten

Kein verkleinertes Abbild der Gesellschaft

## T1 Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen nach Trägerschaft 2020

Merkmal	Insgesamt		Art des Trägers				Geschlecht				Verwaltungsbezirk			
			Kommunen		Freie Träger		Männer		Frauen		Kreisfreie Städte		Landkreise	
	Anzahl	% <sup>1</sup>	Anzahl	% <sup>1</sup>	Anzahl	% <sup>1</sup>	Anzahl	% <sup>1</sup>	Anzahl	% <sup>1</sup>	Anzahl	% <sup>1</sup>	Anzahl	% <sup>1</sup>
Wohnungsnotfälle insgesamt	6 044	100	5 155	100	889	100	3 911	100	2 133	100	2 397	100	3 780	100
Alter in Jahren	5 936	100	5 048	100	888	100	3 842	100	2 094	100	2 389	100	3 702	100
unter 18	1 501	25,3	1 486	29,4	15	1,7	841	21,9	660	31,5	448	18,8	1 088	29,4
18 – 21	292	4,9	251	5,0	41	4,6	200	5,2	92	4,4	114	4,8	217	5,9
21 – 25	469	7,9	420	8,3	49	5,5	344	9,0	125	6,0	219	9,2	382	10,3
25 – 30	665	11,2	580	11,5	85	9,6	464	12,1	201	9,6	250	10,5	422	11,4
30 – 40	1 139	19,2	965	19,1	174	19,6	747	19,4	392	18,7	423	17,7	643	17,4
40 – 50	854	14,4	665	13,2	189	21,3	548	14,3	306	14,6	359	15,0	475	12,8
50 – 65	748	12,6	485	9,6	263	29,6	516	13,4	232	11,1	441	18,5	345	9,3
65 und älter	268	4,5	196	3,9	72	8,1	182	4,7	86	4,1	135	5,7	130	3,5
Staatsangehörigkeit <sup>2</sup>	4 456	100	3 585	100	871	100	3 013	100	1 443	100	1 942	100	2 679	100
Deutsche	1 751	39,3	994	27,7	757	86,9	1 265	42,0	486	33,7	1 028	52,9	686	25,6
EU-Ausländer/-in	190	4,3	121	3,4	69	7,9	145	4,8	45	3,1	100	5,1	78	2,9
Nicht-EU-Ausländer/-in	2 515	56,4	2 470	68,9	45	5,2	1 603	53,2	912	63,2	814	41,9	1 915	71,5
Primäre Einkommensquelle	5 061	100	4 177	100	884	100	3 258	100	1 803	100	1 860	100	3 141	100
Erster Arbeitsmarkt	264	5,2	233	5,6	31	3,5	207	6,4	57	3,2	84	4,5	177	5,6
Zweiter Arbeitsmarkt	10	0,2	0	0,0	10	1,1	8	0,2	2	0,1	11	0,6	6	0,2
SGB III (ALG I)	16	0,3	10	0,2	6	0,7	13	0,4	3	0,2	5	0,3	0	0,0
Tagessatzzahlung	61	1,2	0	0,0	61	6,9	54	1,7	7	0,4	45	2,4	49	1,6
SGB II (ALG II, Sozialgeld)	2 961	58,5	2 465	59,0	496	56,1	1 915	58,8	1 046	58,0	1 303	70,1	1 485	47,3
SGB XII (Sozialhilfe)	770	15,2	671	16,1	99	11,2	462	14,2	308	17,1	206	11,1	690	22,0
Rente	260	5,1	164	3,9	96	10,9	172	5,3	88	4,9	132	7,1	71	2,3
1-Euro-Job	12	0,2	3	0,1	9	1,0	12	0,4	0	0,0	1	0,1	7	0,2
Arbeit in Haft	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	0,0
Sonstiges Einkommen	388	7,7	381	9,1	7	0,8	216	6,6	172	9,5	14	0,8	445	14,2
ohne Einkommen	319	6,3	250	6,0	69	7,8	199	6,1	120	6,7	59	3,2	210	6,7

1 Anteil an den Personen mit (gültigen) Angaben zum jeweiligen Merkmal. – 2 Nur erwachsene Personen ab 18 Jahren bzw. ohne Altersangaben.

Risikogruppen zu identifizieren und können so als Grundlage für ein zielgerichtetes sozialpolitisches Handeln herangezogen werden.

Männer, Jüngere und Ausländer überrepräsentiert

Zu den überdurchschnittlich gefährdeten Personengruppen zählen insbesondere Männer, Jüngere sowie Ausländerinnen und Ausländer – die beiden letztgenannten Gruppen sehr

wahrscheinlich aufgrund der nach wie vor großen Anzahl von anerkannten Flüchtlingsfamilien – häufig mit (jungen) Kindern – die sich nach wie vor in kommunaler Unterbringung befinden und bisher keinen Wohnraum über den freien Markt beziehen konnten.

Flüchtlingsfamilien oft mit jungen Kindern

Die Altersgruppen bis 50 Jahre sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überre-



Freie Träger melden mehrheitlich alleinstehende Personen

präsentiert. Werden nur die freien Träger betrachtet und somit der Einfluss der anerkannten Flüchtlinge ausgeklammert, sind mit dem Lebensalter steigende Fallzahlen bis hin zur Gruppe der 50- bis 65-Jährigen zu beobachten – insbesondere bei Männern. Mehrheitlich handelt es sich um alleinstehende Personen ohne Kinder; bei Meldungen der freien Träger ist dies mit einem Anteil von fast 90 Prozent fast ausschließlich der Fall.

Selten aktive Teilnahme der Betroffenen am Erwerbsleben

Die betroffenen Menschen nehmen nur in den wenigsten Fällen an einem aktiven Erwerbsleben teil, sondern beziehen ihr Einkommen primär aus Leistungen des Sozialgesetzbuches. Immerhin jede bzw. jeder Zwanzigste gibt zudem an, über keine eigene Einkommensquelle zu verfügen und somit von Dritten abhängig zu sein. Die polizei- bzw. ordnungsrechtliche Unterbringung erfolgt überwiegend in Obdachlosen- und anderen Unterkünften und selten mittels Normalwohnungen. Sehr häufig beläuft sich die (bisherige) Unterbringungsdauer auf mehrere Jahre.

Für die Mehrheit der von freien Trägern gemeldeten Personen ist ebenfalls eine Unterbringung und zwar in Form von stationärem oder betreutem Wohnen sowie Übernachtungseinrichtungen und Notschlafstellen sichergestellt. In den eher urban geprägten kreisfreien Städten spielt zudem von Familie und Bekannten bereitgestellter Wohnraum eine Rolle. Für jede zehnte Person gestaltet sich die Lage besonders prekär, da zum Stichtag der Erhebung keinerlei Unterkunft zur Verfügung stand und sie somit „auf der Straße“ leben mussten.

Jeder zehnte gemeldete Wohnungsnotfall lebt „auf der Straße“

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.

### Info

In der März-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes erschien Teil I des Beitrags „Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz“ mit den Schwerpunkten Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung.